



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/38 - 15. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Storchs Abgabe an die dynamische Rente	S. 1
Die französische Rechte und die Poujafisten	S. 3
Zur Eröffnungsrede des sowjetischen Parteichefs	S. 5
Besuch im Bundesnotenaufnahmelager Berlin-Marienfelde	S. 6

## Alterssicherung - wie die Regierung sie sich denkt

IB. In den Diskussionen um die Sozialreform und insbesondere um die Neuregelung der Alterssicherung hat es nicht wenige Stimmen gegeben, die meinten, Bundesregierung und sozialdemokratische Opposition seien im Grundprinzip über "dynamische Rente" einer Meinung und zum Schaden der Sache könnte sich vielleicht ein propagandistisches "Sich-den-Rang-Ablaufen" entwickeln. Diese Meinung war vielleicht geraume Zeit verständlich, denn die Bundesregierung hat in allen ihren Veröffentlichungen bislang keine konkreten Zahlen genannt, so dass im grundsätzlichen eine Identität der Auffassungen durchaus anzunehmen war.

Kun hat aber der Bundesarbeitsminister vor einigen Tagen erstmalig in Hamburg Zahlen genannt. Zahlen, aus denen eindeutig hervorgeht, wie grundlegend sich der sozialdemokratische Plan der Alterssicherung von den Vorstellungen der Bundesregierung unterscheidet. Nach den Angaben von Storck in Hamburg soll jeder Rentner künftig mindestens die Hälfte seines früheren Realeinkommens als Rente erhalten. Diese Festlegung auf 50 Prozent bedeutet aber, dass die Renten nach wie vor sich zu einem grossen Teil unterhalb des Existenzminimums bewegen werden. Man braucht nur zu wissen, dass die Masse der unselbständigen Einkommen sich heute unter 300.-- DM im Monat belaufen, um mit Hilfe des kleinen Einmaleins festzustellen, dass in Hunderttausenden von Fällen bei einem solchen Rentenplan Altersbezüge herauskommen, die unter den Fürsorgegrundsätzen liegen. Völlig unklar ist dabei zudem, was mit den sogenannten Altrenten geschehen soll, denn der frühere Arbeitsverdienst von diesen Renten liegt, da wir vor dreissig oder -2-

vierzig Jahren ganz andere Lohn- und Preisverhältnisse hatten, noch erheblich unter dem heutigen Durchschnitt der unselbständigen Einkommen.

Nach den Hamburger Äusserungen von Sterch kann auch nicht mehr davon die Rede sein, dass die Bundesregierung eine dynamische Rente anstrebt. Der Bundesarbeitsminister erklärte, dass ein Gremium alle drei bis fünf Jahre überprüfen sollte, wie sich der Lebensstandard entwickelt habe, um dann die Rentner an einem erhöhten Sozialprodukt teilhaben zu lassen. Diese periodische Überprüfung in so langen Abständen bedeutet aber zwangsläufig, dass die grosse Mehrheit der Rentner von dieser Anpassung der Renten an das Sozialprodukt nicht mehr profitieren kann, da es schliesslich so etwas wie eine Alterssterblichkeit gibt.

Demgegenüber steht der sozialdemokratische Plan der Alterssicherung, der verlangt, dass die Altersrenten nach einem normalen Arbeitsleben 75 Prozent des Einkommens erreichen sollen. Ein Kernstück des sozialdemokratischen Plans aber ist auch, dass bei der Neuordnung eine automatische Koppelung zwischen der Renten- und der Lohn- bzw. Gehaltsentwicklung sichergestellt werden muss. Es ist dabei selbstverständlich, dass die automatische Koppelung auch für die heute bereits bestehenden Rentenverhältnisse gilt. Die Diskrepanz, die heute zwischen Lohnhöhe und Sozialprodukt einerseits und Rentenhöhe andererseits klappt und die in den letzten Jahren zu schwersten sozialen Mißständen geführt hat, ist eben nur zu beseitigen, wenn man die automatische Koppelung zwischen Lohn- und Renten-Entwicklung vornimmt.

Die Bundesregierung hat dabei erst zu zwei Fragen einigermaßen konkret Stellung genommen. Sie hat sich noch nicht zu den Altersgrenzen geäussert, sie hat keine verbindliche Stellungnahme zu einer gesenkten Altersgrenze für Frauen (die SPD fordert 60 Jahre) und Bergleute abgegeben. Eine Klarstellung ihrer Auffassung zur Invalidenrente steht ebenso aus, wie eindeutige Zahlen zur Höhe der Witwen- und Waisenrenten. Man kann damit rechnen, dass trotzdem nach und nach auch diese Einzelheiten bekannt werden. Nach den ersten Ergebnissen scheint es nicht verfrüht zu sein, festzustellen, dass die Vorstellungen der Bundesregierung sich immer weiter von den sozialen Auffassungen der SPD entfernen.

Die französischen Nachfolger Hugenbergs

b.v. Paris

Wenn in Algier Tomaten und Eier als Wurfgeschosse dienen - gegen den Ministerpräsidenten Frankreichs - so ist das natürlich kein Ausdruck faschistischer "Politik", nein, es ist nur ein Überkochen der Volksseele. Wenn brüllende, johlende, kreischende Männer und Frauen die Regierung unter Druck zu setzen suchen; wenn die Führer grosser Frontkämpfer-Organisationen schreien "schmeisst Eure Orden vor das Kriegerdenkmal, falls Catroux nach Algier kommt"; wenn Poujadisten von Paris nach Algier reisen, um wütende Putschreden zu halten - so ist das alles keinesfalls faschistisch... wenn man gewissen Pariser Kommentaren glauben will und darf.

Natürlich darf man es nicht glauben. Auch darf man nicht glauben, dass hier kriegserprobte Helden sich gegen eine schlappe Zivilistenregierung zur Wehr setzen. Denn jener Herr Catroux, - um nur ein Beispiel zu nennen - den die Schreier so hassen, dass ihr Brüllen den Ministerpräsidenten Guy Mollet zwang, ihn fallen zu lassen (er war zum Minister für Algerien ernannt worden) ist alles andere als ein schlapper Zivilist. Vielmehr ist er ein General, der als Grosskanzler der Ehrenlegion die höchsten Auszeichnungen trägt. Trotz seiner 79 Jahre aber denkt er nicht in Kategorien von gestern und vorgestern, sondern in solchen von morgen und übermorgen. Er ist ein Antikolonialist.

Aber es geht den offenen und den verummten Faschisten nicht nur um Afrika, nicht nur um Algerien. Mit Wehmut gedenken sie jener Biedermänner, die in Mussolini und Hitler ihre Vorbilder sahen und aus der schwachen Dritten Republik den ersten Etat Francais, den "Staat Frankreich" machten, jener Herren also, die mit dem unseligen Marschall Fétain die Regierung von Vichy bildeten. Die Mannen des Herrn Pierre Poujade sind dabei im Abstand die ehrlichsten. Sie sagen haargenau, was sie erreichen wollen. Sie verprügeln ihre Gegner oder brüllen sie nieder "An den Galgen mit ihm", ist einer ihrer beliebtesten Schlachtrufe. Mit den Poujadisten allein aber, die bereits in guten Beziehungen zu den "Poujade-Bewegungen" des Auslandes stehen, könnte die Republik vermutlich fertig werden.

So wenig aber der Hitler der zwanziger Jahre seine Organisation

aus den Mitgliedsbeiträgen der NSDAP aufbauen konnte, so wenig er "Führer und Reichskanzler" geworden wäre, wenn nicht andere Kräfte im Hintergrund gewirkt hätten, so wenig steht Pierre Poujade allein. Mit richtigem Instinkt hat einer seiner Mannen, ein Pariser Rechtsanwalt, in Algier wilde Reden nicht etwa vor irgendeiner Poujade-Gruppe geschwungen, sondern vor den Frontkämpfer-Vereinen, und wenn der "Goebbels der Poujadisten in der Nationalversammlung versucht, wilde Sabotage zu treiben, so erfreut solch' Tun durchaus nicht nur seine fünfzig Fraktionskollegen.

Alles spricht dafür, dass die Rechtsparteien in Bewegung geraten sind und zum Teil gewillt sind, die Rolle der Hugenbergs zu spielen. Ein deutliches Symptom ihrer Stellung war in der letzten Woche in Algier zu beobachten. Nachdem sie es fertig gebracht hatten, den Rücktritt des Generals Catroux zu erzwingen, traf sein Nachfolger, Minister Lacoste, ein. Während aber normalerweise zur Begrüssung eines Generalgouverneurs ein feierlicher Empfang, verbunden mit einer feierlichen Einholung stattfindet, wurde Lacoste von drei Beamten empfangen, kletterte in einen der drei bereitstehenden Wagen und fuhr schnurstracks zur Residenz. Kurz zuvor hatte die grösste, etliche Gruppen umfassende nationalistische Organisation dem in Algier weilenden Ministerpräsidenten Mollet ein Memorandum zugehen lassen, das man kaum anders als mit dem Worte Ultimatum bezeichnen kann. Das Einzige, was diese Forderungen von einem Ultimatum unterscheidet, ist das Fehlen einer Konsequenz: Wenn diese Punkte nicht angenommen würden, werde dies oder jenes geschehen.

In Wirklichkeit aber bedurfte es einer Darlegung der Konsequenzen gar nicht mehr. Jedermann weiss, womit zu rechnen ist, nämlich mit Sabotage, Terror, Aufruhr, von denen zahlreiche Proben bereits geliefert worden sind. Das Tragische daran ist nicht, dass diese seit Mussolinis Marsch auf Rom bekannte Art Politik zu treiben, die Autorität des Staates unterhöhlt. Vielmehr ist das wirklich Tragische daran, dass sehr viele der Menschen, die sich an wilden Reden und wilden Handlungen berauschen, glauben, im Interesse Frankreichs zu wirken. Weder erkennen sie die Grenzen der Machtpolitik, noch sehen sie die internationalen Zusammenhänge. Sie sind nicht nur Gestrige. Sie sind auch Blinde.

Chruschtschow ohne Überraschungen

sp. Rund eine Woche wird der Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion dauern. Die für das Ausland wichtigste Erklärung aber dürfte der Parteisekretär Chruschtschow bereits am ersten Tage abgegeben haben. Bei dieser Gelegenheit ist die führende Position dieses Mannes im heutigen Russland erneut deutlich geworden. Chruschtschow ist der Motor, die Richtungweisende Kraft und auch ein Mann wie Bulgarien dürfte von ihm seine wichtigsten Impulse erhalten.

Chruschtschow soll am Dienstag sechs Stunden gesprochen haben. Infolgedessen kann das, was darüber im Westen bekannt geworden ist, nur ein Bruchteil dessen sein, was er gesagt hat, wenn die Auszüge auch sicher das Wesentlichste enthalten. Aber man weiss, wie sehr es gerade bei Reden sowjetischer Politiker oft auf Zwischentöne, Nebensätze und Nuancen ankommt, so dass man mit einem abschliessenden Urteil wohl noch zurückhalten muss.

Immerhin lässt sich sagen, dass die Rede keine besonderen Überraschungen gebracht hat. Das trifft auch für die verkündeten Grundsätze sowjetischer Aussenpolitik zu, die, alles in allem postulieren, was der Inhalt der Moskauer Aussenpolitik, auch in ihrer zum Teil sehr weitgehenden Widersprüchlichkeit, vor allem während der letzten anderthalb Jahre gewesen ist. Sehr genau sollte man in Westen die etwas beiläufige Bemerkung Chruschtschows beachten, es sei unrealistisch, anzunehmen, dass man die Sowjetunion zu einseitigen Zugeständnissen veranlassen könne. Das bezieht sich ohne Zweifel auf alle lösungsbedürftigen Fragen, in erster Linie also auf das Abrüstungsgespräch, den Komplex eines europäischen oder noch umfassenderen Sicherheitssystems wie auch auf die deutsche Wiedervereinigung.

Die Prophezeiung, der Kommunismus werde den Kapitalismus in einen "friedlichen Wettstreit besiegen", gehört zum Repertoire aller kommunistischen Parteitage, genau so wie die innenpolitischen Versprechungen. Diese Voraussage sollte man jedenfalls nicht in eine Fanfare zur Bolschewisierung der ganzen Welt umfälschen. Interessanter war schon, dass Chruschtschow sich von der historischen kommunistischen These, solange es einen Imperialismus gebe, solange würden auch Kriege unvermeidlich sein, distanzierte. Diese ausdrückliche Aufgabe - 6 -

eines früher für unantastbar gehaltenen Dogmas ist wirklich eine Konsequenz der Gefahren des Atomzeitalters.

Aber erst die Übersicht über den ganzen Kongress, darunter auch die möglichen personellen Veränderungen bei den Wahlen zu den Führungsgremien, wird ein einigermaßen abgerundetes Bild vom gegenwärtigen Standort der sowjetischen Politik in allen ihren Bereichen zulassen. Dafür bieten solche Kongresse, auch wenn sie sozusagen in einer perfekten Diktatur stattfinden und aus wohlvorbereiteten und gut abgeschliffenen Deklamationen bestehen, viele wertvolle Anhaltspunkte.

+ + +

#### Flüchtlingsjugend in Beärängnis

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Eindruck, welchen das Bundesnotaufnahmelager Berlin-Marienfelde auf den Besucher macht, wird durch die grosse Anzahl junger Menschen bestimmt. Es sind jene Menschen, für die die Pankower Machthaber vorgeben, einen neuen Staat der Zukunft zu bauen. Es sind junge Leute überwiegend im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die in ihrem Leben nichts anderes als totalitäre Machthaber erlebt haben und dennoch das Risiko auf sich nahmen, oft ganz allein nach dem Westen zu fliehen. Diese Jungen und Mädchen, welche die Lehrstelle verliessen, ihre Oberschule nicht wiedersehen, oder das Studium abbrachen und das Elternhaus hinter sich liessen, gehen durchweg mit grossen Hoffnungen nach dem Westen.

Aus den Unterlagen des Westberliner Senators für Arbeit und Sozialwesen geht hervor, dass sich die Zahl der 18 bis 25jährigen, die im Jahre 1955 in das Bundesgebiet eingeflogen wurden, gegenüber dem Jahre 1954 auf 32 000 verdoppelte. Besonders bei den männlichen Jugendlichen ist in den letzten Monaten ein schnelles Anwachsen der Flucht festzustellen. Bereits im Juni letzten Jahres machten die acht "begehrten" Jahrgänge nicht weniger als 48,5 % v.H. aller männlichen Flüchtlingen aus. Dazu stellt der Senator fest: "Die Funktionäre der SED und des Staatssicherheitsdienstes zwingen den Lehrlingen und den Studenten, den jungen Arbeitern und Angestellten die Waffenausbildung oder den Eintritt in die nunmehr offen als Armee auftretende kasernierte Volkspolizei auf. Sie können sich der Teilnahme oft nur unter der Gefahr des - 7 -

Verlustes der Freiheit entziehen und ergreifen lieber die Flucht."

### Unzulängliche Hilfe

Westberlin tut von sich aus alles, um der ostzonalen Jugend zu helfen, die aus jenen Bezirken kommt, in denen Plakate "Macht die DDR zum Anziehungspunkt für alle Deutsche" an jeder Strassenecke prangen. Aber die Möglichkeiten der engen Insel Westberlin, den Jugendlichen eine weitere Ausbildung oder einen dauerhaften Arbeitsplatz zu bieten, sind natürlich gering. Besonders ernst wird das Problem, wenn die engen Vorschriften es nicht zulassen, den Jugendlichen als Flüchtling anzuerkennen. Dann gibt es keinen Personalausweis und nur Fürsorgeunterstützung, was nicht selten bei jenen jungen Leuten, die gerne arbeiten möchten, den Zwang zur Schwarzarbeit zur Folge hat und damit den Weg zum Strafverfahren.

Hier beginnt die Deklassierung, die dann offensichtlich wird, wenn der abgelehnte, kräftig gebaute Kollege ins westdeutsche Bergwerk ausgeflogen wird oder einen Arbeitgeber findet, der gerade seine fachlichen Qualitäten im Westen benötigt und die Flugreise bezahlt. Für alle Jugendlichen gibt es eben nur den Flug nach dem Westen, denn die Fahrt durch die Zone würde unbedingt mit Verhaftung und Prozess enden. Die Westberliner stehen besonders hinsichtlich der nicht anerkannten Jugendlichen auf dem Standpunkt, alle müssten gleich behandelt werden und nicht gezwungen sein, in Berlin unterzutauchen.

Was bietet nun der Westen den jungen Menschen, denen es gelang, nachzuweisen, dass sie unmittelbar in der Ostzone bedroht wurden und deshalb die Anerkennung als politischer Flüchtling erreichten? Sie kommen in die Einsamkeit des ostfriesischen Teufelmoores nach Sandborstel oder Westertimke, wo wohl ein brauchbares Lager vorhanden ist, aber kein Kontakt zur Umwelt besteht. Die Gewöhnung an die Verhältnisse in der Bundesrepublik und das so wichtige Anknüpfen menschlicher Beziehungen sind hier kaum möglich.

Es gibt nur wenige grosse Industrieunternehmen, die den Jugendlichen persönlich zugeschnittene und eigene Wohnräume bieten. Meist ist der neue Arbeitsplatz mit Massenunterkünften in Form von Baracken verbunden. Das führt die Vereinsamung fort und verändert ebenfalls den Kontakt zur Umgebung. Es ist festgestellt worden, dass etwa 50 Prozent der vagabundierenden Jugendlichen in der Bundesrepublik einmal aus der Ostzone flohen. Sie kamen mit grossen Hoffnungen und wurden in die Vereinsamung getrieben und gerieten dann auf die schiefe Bahn.

### Die Not der Studenten

Die Härte des westdeutschen "Wirtschaftswunders" gegenüber denen, die von drüben kommen, zeigt sich übrigens auch bei den Oberschülern und Studenten. Von den 5100 Abiturienten, Fachschülern und Studenten, die sich beim Bundesstudentenring in Bonn registrieren liessen, haben bisher nur 3 000 ihr Studium aufgenommen, was durch die Bereitstellung des kläglichen Betrages von 150 DM im Monat möglich wurde. Wer - 8 -

drüben im ersten oder zweiten Semester stand und dann floh, muss hier einen halbjährigen Förderkursus mit abschliessender Ergänzungsprüfung durchmachen, ehe er sein Studium fortsetzen kann. Das alles kostet Geld und verlängert die Ausbildungszeit. In der Vorteil der Begabtenförderung kommt kaum jemals ein Student aus der Zone. Nur 2,3 Prozent aller Studenten erhalten diese Förderung von 150 DM monatlich. In der Zone aber gibt es für 98 Prozent, und auch in England für 71 Prozent aller Studierenden ein ausreichendes Stipendium.

Junge Menschen, die in ihrem Leben noch keinen demokratischen Staatkennelernten aber voller Hoffnung in ihn fliehen, treffen auf derartige Verhältnisse in der Bundesrepublik. Das geschieht zu einem Zeitpunkt, da die Aktienkurse Rekordspitzen erreicht haben und der Bundesfinanzminister Reserven stapelt. Es scheint an der Zeit zu sein, besonders für Jugendliche das Notaufnahmeverfahren wesentlich toleranter zu handhaben, um ihnen den Flug in den Westen statt den Weg in die Westberliner Kriminalität zu ermöglichen. In der Bundesrepublik selbst sollte es dann nicht auf ein paar Millionen DM ankommen, um ein geordnetes Studium zu ermöglichen. Auch die Industrie könnte aus ihren Überschüssen vorbildliche Unterkünfte für Menschen schaffen, die in eine neue Heimat hineinwachsen wollen. Wir alle aber haben die Verpflichtung, uns dieser jungen Menschen anzunehmen, mit ihnen nur jeden möglichen Kontakt zu suchen und ihnen zu helfen, die schwere Übergangszeit zu überwinden.

+ +  
+

---

Verantwortlich: Peter Raunau